
Innenpolitik

7 Regierungskapazität der Partei im Mittelpunkt der ZK-Plenartagung

Vom 16. bis 19. September kamen die Mitglieder des XVI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas in Beijing zu ihrer 4. Plenarsitzung zusammen. Insgesamt nahmen 194 Mitglieder des ZK sowie 152 alternative Mitglieder an dem Parteikongress teil. Im Mittelpunkt der diesjährigen Plenarsitzung stand die Frage, wie die Regierungskapazität der Partei (*dang de zhizheng nengli*) gestärkt werden könne.

Der Themenschwerpunkt zur Regierungskapazität der KPCh hatte sich bereits in den vergangenen Monaten abgezeichnet (C.a., 2004/7, Ü 6; 2004/8, Ü 6): Mitglieder der vierten Führungsgeneration unter Hu Jintao und Wen Jiabao hatten vermehrt auf die Notwendigkeit politischer Reformen in Chinas Einparteiensystem hingewiesen. Diskussionen zwischen Parteialtesten und chinesischen Intellektuellen über mögliche Reformschritte hatten sich angeschlossen. Am 19. September legte die Plenartagung des ZK nun eine umfangreiche „Resolution“ (*juding*) zur Revitalisierung der Partei vor. Die staatliche Presse lobte das 36-seitige Papier als „erstes programmatisches Dokument in der Geschichte der Partei“. Vizepräsident Zeng Qinghong nannte die Inhalte in einem Xinhua-Bericht „hoch relevant in Bezug auf Theorie und Praxis“.

Als historisch tatsächlich einmalig bezeichneten Beobachter in Ost und West den selbstkritischen Ton des Parteidokuments. Die Führungsspitze der KPCh gesteht darin ein, dass die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in China die Partei auf eine existenzielle Probe stellen. Von der Fähigkeit der KPCh, das Volk hinter sich zu vereinen und China zu regieren, hingen der „Erfolg oder Misserfolg des chinesischen Sozialismus, die Zukunft und das Schicksal der chinesischen Nation sowie Leben und Tod der Partei“ (*dang de shengsi cunwang*)“

ab, so das Dokument. Die Regierungskapazität der Partei zu stärken, sei von allen Aufgaben die „wichtigste unter den wichtigen“ (*zhong zhong zhi zhong*).

Schon in der Einleitung listet das Dokument einen Katalog von Mängeln auf, welche „bestimmte hochrangige Kader und Führungsgruppen“ aus Sicht der Parteispitze aufweisen. Als „ziemlich ernst“ (*bijiao yanzhong*) bezeichnete das Plenum beispielsweise das Problem der Korruption. Darüber hinaus sei das ideologische und theoretische Niveau vieler KPCh-Mitglieder zu niedrig. Das Bewusstsein für rechtsstaatliches Regieren sei nur schwach ausgeprägt. Außerdem mangle es an Talent, Fähigkeit und Qualität der Kader: Oft sei der Arbeitsstil der Mitglieder unprofessionell, unverantwortlich oder zu locker. Diese Einschätzungen decken sich mit einer aktuellen Studie der Beijinger Parteischule. Darin räumten 67% der befragten Kader ein, ungenügende wirtschaftspolitische Kenntnisse zu besitzen. Über die Hälfte fühlte sich nicht in der Lage, komplexe Probleme oder Krisen zu lösen. Die Partei fürchtet, wie es im Abschlussdokument der Plenarsitzung heißt, dass ihre Mitglieder angesichts des wachsenden schlechten Images dem Volk bald nicht mehr als Rollenvorbilder dienen könnten.

Während die Partei mit derartig klaren Formulierungen deutlich von ihrem früheren Prinzip parteistaatlicher Unfehlbarkeit abrückt und den aktuellen Problemen in China Rechnung zu tragen versucht, bleibt sie ansonsten auf bekanntem Terrain: Die Parteigeschichte wird als Erfolg gewertet. Frühere Führungsgenerationen werden als Leitbilder herangezogen und im Sinne der Kontinuität als Architekten geplanter Parteiverbesserungen dargestellt. Hinsichtlich der aktuellen Gefahren für China werden zahlreiche traditionelle Stereotype bemüht: etwa die „Multipolarisierung der Welt“ (*shijie duojihua*), die „ökonomische Globalisierung“ (*jingji quanqiu hua*) oder die „Verwestlichung und Spaltung“ (*xihua yu fenhua*) des Landes durch eine „strategische Verschwörung feindlicher Mächte“ (*didui sheli de zhanlue tumou*). Vor allem die Überlegenheit westlicher Industriestaaten in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie stelle in dieser Hinsicht ei-

ne anhaltende Quelle externen Drucks auf China dar, so die Partei.

Entsprechend deutlich entfernte sich die neue Führungsriege von der Möglichkeit umfassender politischer Reformen nach westlichen Demokratievorstellungen. Dies wurde in einer Rede des Parteivorsitzenden Hu Jintao anlässlich der Eröffnung der Plenarsitzung deutlich: Die Geschichte habe gezeigt, so Hu, dass Modelle westlicher Politiksysteme für China eine „Sackgasse“ darstellten. Als Beispiel nannte er die „bourgeoise demokratische Revolution“ von Sun Yatsen im Jahr 1911. Viele Experten sehen in derartigen Äußerungen ein deutliches Zeichen dafür, dass auch die aktuelle Führungsgeneration trotz ihres sonst als pragmatisch geltenden Reformkurses keine Abkehr von der Einparteienherrschaft der KPCh zulassen wird (vgl. C.a., 2002/11, S.1263-1275; 2002/12, S.1402-1412). Dies wird auch aus dem Abschlussdokument der Plenarsitzung deutlich, das sich in erster Linie als Programm zur Festigung der Parteikontrolle über Staat und Gesellschaft lesen lässt. Dabei bedient sich die Partei sowohl liberaler als auch autoritärer Maßnahmen.

Der Trend zu einer liberaleren Ausrichtung und Organisation der Partei schlägt sich in Bekenntnissen zu mehr innerparteilicher Demokratie (*dangnei minzhu*), verbesserter Rechtsstaatlichkeit (*yi fa zhizheng*) und stärkerer Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen nieder (vgl. C.a., 2003/4, Ü 12). So sollen beispielsweise parteiinterne Prozesse kontinuierlich an Transparenz gewinnen. Die Ausbildung und Prüfung von Parteimitgliedern soll an konkrete Standards angepasst werden. Personalpolitisch setzt die Partei auf junge, spezialisierte Kader, die in Zukunft nur noch gemäß ihrer Leistungen und in einem Konkurrenzverfahren innerhalb der Parteihierarchie aufsteigen sollen. Die Parteistruktur soll insgesamt verschlankt und gleichzeitig durch ein Rotationsprinzip von Funktionären (*ganbu jiaoliu*) ergänzt werden. Außerdem soll ein System der verbindlichen Begrenzung von Amtszeiten (*zhiwu renqi zhidu*) die Partei auf eine professionellere und glaubwürdigere Basis stellen.

Auch bei der politischen Entscheidungsfindung gibt sich die Partei li-

beral: Die Konsultation von Experten soll beispielsweise verstärkt und Entscheidungsträger sollen direkt verantwortlich gemacht werden. Eine besondere Überwachungsfunktion schreibt die Partei dabei dem Nationalen Volkskongress sowie der Politischen Konsultativkonferenz zu. Für mehr Volksnähe sollen außerdem Projekte im Bereich der so genannten „Basisdemokratie“ (*jiceng minzhu*) sorgen. Schon seit Jahren führt die KPCh Versuche zur Förderung innerparteilicher Demokratisierung durch, beispielsweise in den Provinzen Jiangsu, Jilin und Hubei. Die Partei plant nun, ihre bisherigen Pilotprojekte auszuweiten. Im Bereich Wirtschaft verspricht die KPCh die Trennung zwischen freiem Markt und parteistaatlicher Einflussphäre zu gewährleisten und gleichzeitig ihre Wirtschaftspolitik stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten. Als besonderen Schwerpunkt zukünftigen Parteiengagements wird die Korruptionsbekämpfung genannt.

Im Kontrast zu derartigen liberalen Überlegungen steht die Tendenz zu mehr autoritärer Einflussnahme durch die Partei sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Bereich. Während die KPCh in den 80er und 90er Jahren bemüht war, für eine klare Abgrenzung zwischen Partei und Staat zu sorgen (*dangzheng fenkai*), scheint sie sich nun für eine stärkere Durchdringung staatlicher Institutionen entschieden zu haben. So soll etwa die Rolle der Parteikomitees im Nationalen Volkskongress, der Politischen Konsultativkonferenz sowie in verschiedenen Regierungsorganisationen verstärkt werden. Es müsse das Ziel aller Parteikomitees sein, die Richtlinien und Entscheidungen der KPCh in diesen politischen Organisationen durchzusetzen, so die ZK-Resolution. Auch in Gewerkschaften, in der Kommunistischen Jugendliga, dem Frauenverband und anderen Massenorganisationen müsse die Partei eine Führungsrolle einnehmen. Zwar soll insgesamt die Zahl der Parteifunktionäre gesenkt werden, dies soll allerdings dadurch erreicht werden, dass eine stärkere „Überlappung von Ämtern in Partei und Regierung“ (*dangzheng renzhi jiaocha*) angestrebt wird.

Auch hinsichtlich individueller Freiheiten und Rechte bekräftigte die Partei ihren Anspruch auf Kontrolle. So bezeichnet das Abschlussdokument der Plenarsitzung den Schutz der Menschenrechte und die Verwirklichung von Religionsfreiheit zwar als zentrale parteipolitische Ziele, insgesamt müssten Weltanschauungen und Religionen aber „mit dem Sozialismus kompatibel“ sein. Des Weiteren sei es erforderlich, den „Enthusiasmus des Volkes“ durch „positive Propaganda“ zu wecken. Zu diesem Zweck verlangte die Parteispitze einen „festeren Griff auf die öffentliche Meinung“, also eine verstärkte Kontrolle der Presse mittels klarer parteipolitischer Vorgaben. Eine spezielle Propagandaabteilung für das Internet soll ferner den Anforderungen im Bereich der neuen Medien gerecht werden.

Angesichts der ambivalenten Ergebnisse der Plenartagung fielen die Kommentare ausländischer wie inländischer Experten äußerst unterschiedlich aus. Der Themenschwerpunkt „Regierungskapazität“ ließ manche westlichen Chinakritiker vermuten, dass sich die Einparteiensherrschaft der KPCh nun allmählich einem Ende nähere – der Kontrast zwischen wirtschaftlicher Öffnung und politischer Kontrolle sei nun derart gravierend, dass selbst die Partei ihre Fehler eingestehen müsse, so die Argumentation. „Bald, wenn nicht gar sofort, muss die Führung sich entscheiden, entweder einen Glaubenssprung an die Ufer von Demokratie und freier Gesellschaft zu wagen, oder ökonomische Freiheiten zurückzuschrauben“, erklärte etwa das *Wall Street Journal*.

Andere Beobachter zweifelten hingegen an einer kommenden Krise der Partei und äußerten sich besorgt angesichts der autoritären Elemente der Resolution. Zahlreiche Nachrichtendienste warnten vor einer Bewegung hin zu mehr Autoritarismus. Eine stärkere Partei sei gleichbedeutend mit einer schwächeren Legislative und Exekutive, so beispielsweise die Meinung eines Beijinger Politikwissenschaftlers. Andere chinesische Sozialwissenschaftler wiesen die Kritik am vermeintlich harten Parteikurs indes zurück. Professor Lin Tai von der Qinghua-Universität in Beijing erklärte, dass die Partei ihre Regierungskapazität in den vergangenen Jahren vor-

allem durch stärkere fachliche Qualifizierung der Mitglieder zu verbessern versucht habe. Nun Sorge sich die Führung erstmals um ihre Legitimation. Um den Halt in der Bevölkerung nicht zu verlieren, ziehe sie sogar ein System der Gewaltenteilung in Betracht und wage sich an die schwierige Aufgabe einer innerparteilichen Demokratisierung. Diese Überlegungen seien zwar noch nicht mit westlicher Demokratie zu vergleichen, stellten allerdings wichtige Schritte auf dem Weg zu mehr Pluralismus dar.

Insgesamt bezeichneten die meisten ausländischen Experten die Ergebnisse der Tagung als zu vage. Hinter der üblichen Rhetorik würden sich kaum konkrete Maßnahmen verbergen, so die Kritik. Chinesische Intellektuelle betonten hingegen den Leitliniencharakter des abschließenden Dokuments. So erklärte der chinesische Verfassungsrechtler Cao Siyuan in der *Straits Times*, das Papier müsse als Rahmen für zukünftige Reformen verstanden werden. In den kommenden Monaten würde die Führung ausgearbeitete Einzelmaßnahmen nachreichen. (XNA, 3., 7., 8., 15., 16., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 27.9.04, sowie zahlreiche Beiträge vom 26.9.04; RMRB, 7., 15., 22.9.04, nach BBC PF, 9., 16., 24.9.04; Xinhua, 7., 15., 16., 17., 19., 20., 22., 25., 26., 28.9.04, nach BBC PF, 8., 17., 20., 21., 22., 23., 25., 29., 30.9.04; SCMP, 10., 20., 21., 22., 27., 29.9.04; FT, 13., 16.9.04; ST, 15., 16., 17., 18., 21., 22., 27., 28.9.04; WSJ, 15., 16., 26.9.04; *New York Times* nach IHT, 15.9.04; IHT, 16.9.04; *Ta Kung Pao* online, 17.9.04, nach BBC PF, 18.9.04; ZTS, 17.9.04, nach BBC PF, 18.9.04; ZXS, 20.9.04, nach BBC PF, 23.9.04; SCMP, 27., 29.9.04, nach BBC PF, 28., 30.9.04) -fs-

8 Hu Jintao übernimmt Jiang Zemins Vorsitz über die Zentrale Militärkommission

Im Rahmen der 4. Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees der KPCh trat am 19. September der ehemalige Staats- und Parteichef Jiang Zemin als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission zurück. Damit überträgt Jiang Zemin sein letztes politisches Amt dem Nachfolger Hu Jin-

tao. Jiang begründete sein Rücktrittsgesuch in einem offiziellen Schreiben mit seinem Wunsch nach „Stabilität für Partei und Staat“. Seinem Ruhestand habe er bereits „lange entgegen gesehen“, so Jiang. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete, lobte Hu Jintao die Leistungen seines Vorgängers. Er dankte Jiang für dessen „herausragenden Beitrag zu Partei, Land und Volk“.

Mit der Ernennung Hu Jintaos zum neuen Vorsitzenden der Militärkommission ist der erste reguläre Führungswechsel in der Geschichte der Volksrepublik abgeschlossen. Die Übertragung der drei wichtigsten Ämter (Parteisekretär, Staatspräsident und Vorsitzender der Militärkommission) auf den 61-jährigen Hu hatte bereits im Jahr 2002 begonnen (C.a., 2002/9, S.1034-1039). Jiang hatte in der Tradition seines Vorgängers Deng Xiaoping zunächst nur zwei der drei Posten abgegeben. Bereits auf dem Parteitag im Herbst 2002 war ein möglicher Rücktritt Jiang Zemins als Militäroberbefehlshaber nach zwei bis drei Jahren anvisiert worden (C.a., 2002/11, S.1272).

Die ausländische Presse reagierte allgemein überrascht auf den Führungswechsel und spekulierte über eine tiefe Spaltung der Partei. Hu Jintao habe nun den Machtkampf für sich entschieden, so die Mutmaßungen. Vor allem Hongkonger Medien hatten in den vergangenen Monaten vermehrt nach Indizien für ein Zerwürfnis zwischen der neuen Führungsgeneration um Hu Jintao und Wen Jiabao (der so genannten „Hu-Wen-Fraktion“) auf der einen und den Protegés von Jiang Zemin (der so genannten „Shanghai-Fraktion“) auf der anderen Seite gesucht (C.a., 2004/7, Ü 8). Zuletzt sorgte im August ein Treffen von mehreren Jiang-Anhängern im Badeort Beidaihe für Vermutungen über innerparteiliche Auseinandersetzungen (C.a., 2004/8, Ü 7). Das Außenministerium der Volksrepublik bezeichnete den angeblichen Machtkampf als „völlig fiktiv“. Tatsächlich bezweifeln Experten, dass bei der gegenwärtigen Komplexität der politischen und gesellschaftlichen Lage in China eine derart pauschale Einteilung von Akteuren in einander gegenüberstehende „Fraktionen“ oder „Lager“ tragbar ist (C.a., 2002/9, Ü 9). Die Mythen um Macht-

kämpfe rührten in erster Linie von der Faszination ausländischer Journalisten für die undurchsichtigen Entscheidungsprozesse in Chinas politischem System, so die Einschätzung.

Hu Jintao stellen sich als neuem Vorsitzenden der Militärkommission nun mehrere Aufgaben. Zu den herausragenden Problemen in den Streitkräften zählen die allgemein als schwerwiegend eingestufte Korruption und die zunehmende Desertierung von hochrangigen Militärs ins Ausland. Bis 2007 sind außerdem eine Verjüngung der Streitkräfte und eine umfangreiche Organisationsreform der Armee geplant. Die Reformen sollen mit der Demobilisierung von Truppen und einer Verbesserung der technologischen Ausrüstung des Heeres einhergehen. Ob solche Reformvorhaben in der Armee auf fruchtbaren Boden stoßen werden, dürfte von Hus Akzeptanz bei den führenden Militärs abhängen. Doch wie schon Jiang Zemin vor ihm, kann auch Hu Jintao nicht die Militärerfahrung großer Vorbilder wie Mao oder Deng vorweisen. Eine der größten Herausforderungen für Hu dürfte es nach Ansicht von Analysten deshalb sein, sich den Respekt der Generäle zu verdienen. Als erste Amtshandlung betonte Hu in einer Ansprache die lange Tradition der KPCh bei der Führung der Streitkräfte und beförderte zwei neue Mitglieder der Militärkommission in den Rang von Generälen. Nach Meinung von Beobachtern will Hu sich durch solche Beförderungen die Zustimmung des Militärs erkaufen – eine Taktik, die schon Jiang Zemin nach seiner Übernahme des Amtes Anfang der 90er Jahre praktiziert hatte.

Den ersten Schritt einer Reform dürfte die Vergrößerung der Militärkommission von zuvor acht auf nun elf Mitglieder darstellen. Durch den Schritt soll der bislang überragende Einfluss der Infanterie in dem wichtigsten militärischen Entscheidungsorgan verringert werden. Stattdessen sollen Flotte, Luftwaffe und Artillerie an Gewicht gewinnen. Trotz der Reformvorhaben rechnen Analysten insgesamt allerdings mit keinen großen Veränderungen in Chinas Militärpolitik. Langfristig könnte sich unter Hu Jintao eine konstruktivere Außenpolitik gegenüber Taiwan sowie den USA durchsetzen. Vorerst wird die vierte Führungs-

generation allerdings für Kontinuität sorgen und Stärke demonstrieren wollen, so die Einschätzung. Dies gelte auch in anderen Politikbereichen. Jiang Zemins ideologische Vorgaben würden der neuen Führung einen sehr engen Rahmen für eigene Initiativen lassen, ein Umstand, den das *Wall Street Journal* als „faustisches Abkommen“ für Hu Jintao bezeichnete.

Andere Beobachter hoffen hingegen, dass nach Jiangs Rücktritt Hu Jintao und Wen Jiabao nun neue Akzente in Chinas Politik setzen könnten. Jiang Zemin habe nicht genug Einfluss, um wie seine Vorgänger für lange Zeit aus dem Hintergrund wirken zu können, so die Argumentation. Solche Vermutungen basieren allerdings auf der Annahme, dass die vierte Führungsgeneration grundsätzlich liberaler eingestellt sei als ihre Vorgänger. Die zum Teil jedoch autoritär wirkenden Forderungen der diesjährigen Plenartagung des ZK nach größerer parteilicher Einflussnahme auf Regierung und Gesellschaft (siehe hierzu auch die Übersicht zur Regierungskapazität der Partei in diesem Heft), lassen eine progressivere Politik in naher Zukunft unwahrscheinlich erscheinen. (*New York Times* nach IHT, 1., 2., 7., 20.8.04; ST, 3., 10., 16., 20., 21., 22., 24., 27.9.04; FAZ, 4., 20., 23.9.04; HB, 8., 20.9.04; NZZ, 9., 20.9.04; WSJ, 13., 19., 20., 21.9.04; SCMP, 16.9.04, nach BBC PF, 17.9.04; mehrere Meldungen nach Xinhua, 18., 19., 20.9.04, nach BBC PF, 19., 21., 22.9.04; mehrere Meldungen nach XNA, 19., 20., 22., 24.9.04; ZXS, 19.9.04, nach BBC PF, 21.9.04; FT, 20., 21.9.04; SCMP, 20., 21., 23., 27.9.04; ST, 20.9.04, nach BBC PF, 21.9.04; IHT, 21., 29., 30.9.04; *China Brief*, Vol.IV, No.19, 30.9.04) -fs-

9 Minister wegen Korruption aus Partei ausgeschlossen

Die Führung der KPCh beschloss auf der diesjährigen Plenarsitzung des Zentralkomitees den Parteiausschluss von Tian Fengshan. Tian hatte bereits im Oktober 2003 wegen Vorwürfen der Korruption seinen Posten als Leiter des Ministeriums für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen (*Guotu ziyuan bu*) sowie seine Position im ZK der Partei verloren (C.a., 2003/10, Ü 6). Damit war Tian nach

Gesundheitsminister Zhang Wenkang das zweite hochrangige Kabinettsmitglied innerhalb kürzester Zeit gewesen, das wegen Fehlverhaltens von der neuen Führung um Hu Jintao und Wen Jiabao zur Rechenschaft gezogen worden war (C.a., 2003/4, Ü 10). Tian soll umgerechnet etwa 500.000 Euro an Bestechungsgeldern angenommen haben und wird nun der Justiz in Beijing übergeben. Auf gravierende Korruptionsdelikte steht in China die Todesstrafe.

Beobachter werteten das Vorgehen gegen den ehemaligen Minister als Versuch Hu Jintaos, als neues Oberhaupt der Volksrepublik Stärke zu beweisen. Zeitgleich mit der Entscheidung zu Tians Parteiausschluss übernahm Hu von seinem Vorgänger Jiang Zemin das letzte der drei wichtigsten Ämter in China, den Vorsitz der Militärkommission (siehe Übersicht in diesem Heft). Die Sanktionierung des ehemaligen Ministers könnte als „Warnschuss“ für korrupte Kader auf allen Ebenen von Partei und Staat verstanden werden, vermutete etwa das *Handelsblatt*. Die Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität in den eigenen Reihen steht bereits seit Amtsantritt der neuen Führung an der Spitze der politischen Agenda (C.a., 2003/5, Ü 16; 2003/8, Ü 9; 2004/6, Ü 11; 2004/8, Ü 8). Auch im Abschlusskommuniqué der Plenartagung wurde die Eindämmung der Korruption als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet.

Der Vorstoß in die Einflussosphäre des Ministeriums für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen könnte nach Expertenmeinung einen wichtigen Schritt zur Verbesserung des Ansehens staatlicher Institutionen darstellen. Das Ministerium war 1998 gegründet worden und vereinte die Funktionen von vier zuvor getrennten Behörden. Durch sein Mandat zur Verwaltung von Boden und Ressourcen geriet das Ministerium in den vergangenen Jahren immer wieder in Kompetenzstreitigkeiten mit dem Bauministerium (*Jianshe bu*). So ist beispielsweise die Verantwortung für die Umsiedlung von Bevölkerungsteilen zum Zwecke bauunternehmerischer Großprojekte zwischen den Behörden strittig.

Das heikle Thema der Landenteignung stellt die chinesische Führung gegenwärtig vor ein gravierendes Legitimationsproblem (C.a., 2004/5, Ü 12). Die Zahl der Petitionen, die enteignete Bürger aus dem ganzen Land in Beijing einreichen, steigt in der jüngsten Zeit stetig an. Die politische Sprengkraft des Problems ist der Beijinger Führung durchaus bewusst. Wie westliche Medien berichteten, verhaftete die chinesische Polizei im Vorfeld der 4. Plenartagung des ZK Anfang September über 36.000 Bittsteller, um so für „soziale Ordnung“ zu sorgen. Die Sanktionierung von Tian Fengshan könnte in diesem Zusammenhang nun nicht nur zahlreiche benachteiligte soziale Gruppen in China befrieden. Der Schlag gegen das Ministerium für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen würde darüber hinaus auch das Mandat des Bauministeriums zur Kontrolle illegaler Landnutzung stärken, so die Hoffnung von Analysten. (WSJ, 9., 10.9.04; FAZ, 10.9.04; XNA, 19.9.04; ST, 21.9.04; HB, 23.9.04) -fs-

10 Medienkontrolle weiter verstärkt

Chinesische Behörden gingen im September verstärkt gegen kritische Berichterstattung in der Volksrepublik vor. Am 17. September wurde ein chinesischer Mitarbeiter der *New York Times* in Shanghai verhaftet. Der Journalist Zhao Yan wird angeklagt, Staatsgeheimnisse an Ausländer weitergeleitet zu haben. Kollegen von Zhao vermuten, dass die Regierung den Journalisten für die frühzeitige Bekanntgabe von Jiang Zemin's Rücktritt als Vorsitzender der Militärkommission (siehe Übersicht in diesem Heft) verantwortlich macht. Die *New York Times* wies die Vorwürfe gegen ihren Mitarbeiter entschieden zurück. Zhao verfasse keine eigenen Berichte und sei auch nicht die Quelle für diese Informationen gewesen, so das Blatt.

Die Mitteilung über Jians Rücktrittspläne war bereits während der Plenartagung des Zentralkomitees und damit vor der öffentlichen Bekanntgabe am 19. September an die *New York Times* gelangt. Die Plenarsitzung hatte unter einer strengen Nachrichten-sperre stattgefunden. Wie die *South*

China Morning Post berichtete, waren außerdem zahlreiche Internetforen geschlossen worden, um Spekulationen über die Inhalte der Sitzung zu unterbinden.

Experten vermuten, dass die Information über Jians Rücktritt der chinesischen Führung als Vorwand für Zhao Yans Inhaftierung dient. Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb im September, Zhao werde von den Behörden schon lange als „Unruhestifter“ eingestuft. Während seiner Arbeit für die Zeitschrift *China Reform* habe sich Zhao immer wieder für die Belange enteigneter Bauern eingesetzt. Außerdem habe er öffentlich die Korruption von Funktionären angeprangert. Für eine Kampagne gegen Zhao spricht auch eine Meldung der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo. Demnach sollen Beamte schon im vergangenen Monat eine Razzia in Zhao's Elternhaus durchgeführt und dadurch den Gesundheitszustand seines Vaters in Mitleidenschaft gezogen haben.

Die Inhaftierung des Mitarbeiters der *New York Times* ist nicht das einzige Anzeichen für eine härtere Linie des Staates gegenüber der Presse. Im September musste die wissenschaftliche Zeitschrift *Strategie und Management* ihre Arbeit einstellen. Offiziell soll das vierzehntägig erscheinende Magazin an finanziellen Problemen gescheitert sein. Eine nicht näher genannte Quelle erklärte allerdings gegenüber dem *Wall Street Journal*, dass die Zeitschrift aus inhaltlichen Gründen abgesetzt wurde.

Die meisten ausländischen Beobachter gehen davon aus, dass ein kritischer Artikel über Nordkorea den Anlass für die Schließung der Redaktion geliefert haben könnte. In dem Artikel hatte der Politikwissenschaftler Wang Zhongwen von der Tianjiner Akademie für Gesellschaftswissenschaften das nordkoreanische Regime als „dynastische Erbfolge“ bezeichnet, in dem „politische Unterdrückung“ an der Tagesordnung sei. Außerdem kritisierte der Politologe das Atomprogramm des alliierten Staates: „Anstatt Atomwaffen zu bauen, sollten sie sich lieber darum bemühen, die Wirtschaft zu entwickeln und das Leben der Bevölkerung zu verbessern“, so Wang. Derartige Äußerungen dürften der Regierung angesichts der aktuellen Sechser-

gespräche zur Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms ein ernster Dorn im Auge gewesen sein. Die Absetzung der Zeitschrift, die von der FAZ als „das wichtigste Magazin der reformorientierten Intellektuellen des Landes“ bezeichnet wurde, rief auch in China Empörung hervor. Das Blatt galt allgemein als das freieste Forum für politische Debatten in China und hatte bislang die Unterstützung führender Parteimitglieder und Militärs genossen.

Internationale Journalisten hatten zuletzt darauf gehofft, dass die Regierung ihre Medienkontrolle lockern würde. Im August hatte etwa die Freilassung des chinesischen Enthüllungsjournalisten Cheng Yizhong für einen liberaleren Umgang der Behörden mit der Presse gesprochen (C.a., 2004/8, Ü 10). Nun scheinen sich die Repressalien gegen unliebsame Journalisten fortzusetzen. Dass auch in Zukunft mit einer ambivalenten Medienpolitik in China zu rechnen sein dürfte, zeigt nicht nur der Abschlussbericht der Plenartagung des ZK (siehe Übersicht in diesem Heft). Die *Neue Zürcher Zeitung* zitierte im September den Direktor des regierungsamtlichen Büros für die Überwachung von Publikationen, Fan Weiping, der die Bemühungen der Regierung zur Eindämmung kritischer Publikationen als „ungenügend“ bezeichnete. Fan kündigte an, gegen Veröffentlichungen mit separatistischen, religiösen oder sozialkritischen Inhalten rigoros vorzugehen, so die Zeitung. (SCMP, 16., 20.9.04; *Ta Kong Pao* online, 16.9.04; IHT, 22.9.04; FAZ, 23.9.04; WSJ, 23.9.04; *New York Times* nach IHT, 24.9.04; ST, 24.9.04; Kyodo News Service, 28.9.04, nach BBC PF, 28., 29.9.04; NZZ, 28.9.04) -fs-

11 Dialog mit Gesandtschaft des Dalai Lama

Im September empfing die Volksrepublik eine exiltibetische Delegation. Unter der Leitung von Lodi Gyaltzen Gyari besuchte die vierköpfige Gesandtschaft des Dalai Lama verschiedene Regionen in Tibet und traf in Beijing Vertreter der Zentralregierung zu Gesprächen. In einer Stellungnahme erklärte der Dalai Lama, er hoffe auf „substanzielle Verhandlungen über

Tibet“. Der Delegationsleiter stellte klar, dass das Ziel der exiltibetischen Repräsentanten nicht die Unabhängigkeit Tibets sei. Angestrebt sei lediglich „echte Autonomie“. Sowohl die USA als auch die EU begrüßten den neuen Impuls im tibetisch-chinesischen Dialog.

Die positiven Erwartungen der tibetischen Seite sind zum Teil auf die Wahrnehmung des chinesischen Staatschefs Hu Jintao als liberalen Reformers zurückzuführen. Hinzu kommt, dass Hu von 1988 bis 1992 in Tibet das Amt des Parteichefs bekleidete. Die exiltibetische Führung erhofft sich von dem Staatschef daher Verständnis für ihr Anliegen. Kommentatoren geben jedoch zu bedenken, dass Hu 1989 gewaltsam Proteste in Tibet niederschlagen ließ und auch ansonsten hinsichtlich jeder Art von „Separatismus“ der offiziellen Parteilinie folge. Mit einer Abkehr der Beijinger Führung von ihrer bisherigen Autonomiepolitik sei daher auch unter Hu nicht zu rechnen, so die Einschätzung.

Die chinesische Seite spielte die Bedeutung der exiltibetischen Delegation herunter und bezeichnete den Besuch als „inoffiziell“ und „privat“. Auf diese Weise will die Regierung nach Meinung von Experten ihren alleinigen Anspruch auf die Herrschaft in Tibet unterstreichen. Wie das chinesische Außenministerium erklärte, wolle die Regierung dem Dalai Lama durch die Gespräche ein positives Bild von Chinas Tibetpolitik vermitteln. „Wir hoffen, dass der Dalai Lama über sie [die Besucher] ein umfangreiches und objektives Verständnis für uns und die Situation des Mutterlandes erhält“, so der Sprecher des Ministeriums.

Bei der Delegationsreise handelt es sich um die dritte in drei Jahren (C.a., 2003/6, Ü 14). Beide Seiten hatten in der Vergangenheit Bereitschaft zu einem intensiveren Dialog signalisiert (C.a., 2002/9, Ü 11). Immer wieder beeinträchtigte allerdings rüde festlandchinesische Rhetorik den Annäherungsprozess. In dem jüngsten Weißbuch zu Chinas Tibetpolitik hatte die Regierung den Dalai Lama beispielsweise als „Repräsentanten von Sklavenhaltern“ bezeichnet und seine Forderungen nach echter tibetischer Autonomie „unhaltbar“ genannt (C.a., 2004/5, Ü 10).

Der aktuelle Gesandtschaftsbesuch wurde von der Verurteilung dreier Tibeter zu mehrjährigen Haftstrafen überschattet. Die drei Männer, zwei von ihnen Mönche, sollen im Juli bei der Begrüßung eines tibetischen Glaubensbruders in der Provinz Sichuan mehrere Banner mit dem Motiv der tibetischen Nationalflagge gehisst haben. Zwei der Angeklagten sollen nach Angaben der *South China Morning Post* im Gefängnis brutal misshandelt worden sein.

Als einen weiteren deutlichen Affront gegen die exiltibetischen Besucher verstehen Analysten die Aussagen des elften Panchen Lama Gyaltzen Norbu Ende September. In der staatlichen Presse war Norbu mehrfach zitiert worden, wie er die Tibetpolitik der chinesischen Regierung und die wirtschaftliche Entwicklung der Region lobte. „Wir hätten all diese Fortschritte niemals ohne die gute Führung der Kommunistischen Partei Chinas erreicht“, so der Panchen Lama. Außerdem erklärte Norbu, das Recht auf Religionsfreiheit würde in der autonomen Region Tibet „voll respektiert“.

Der Panchen Lama, ein heute 14-jähriger Junge, war 1995 von der chinesischen Regierung als zweithöchste spirituelle Figur Tibets ausgewählt worden. Der Wunschkandidat des Dalai Lama verschwand nach seiner Benennung im selben Jahr spurlos. Der offizielle chinesische Panchen Lama hat seit seiner Berufung eine intensive Ausbildung in Beijing erhalten und wird in westlichen Medien, wie zuletzt in der *International Herald Tribune*, daher allgemein als „Marionette der chinesischen Führung“ angesehen. (Xinhua, 15.8.04, nach BBC PF, 8.9.04; ST, 5., 18., 28.9.04; *The Telegraph*, 13.9.04, nach BBC PF, 14.9.04; FAZ, 25.9.04; SCMP, 25.9.04; IHT, 27.9.04; WSJ, 27.9.04) -fs-

12 Anti-Terror-Maßnahmen im Vorfeld des 1. Oktobers

Wie in jedem Jahr bereitete sich die chinesische Führung auch in diesem September intensiv auf den nahenden Nationalfeiertag am 1. Oktober vor (vgl. C.a., 2001/10, Ü 13). Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Prävention möglicher Terrorangriffe gewidmet. Die Behörden sei-

en angewiesen, einen „friedlichen und harmonischen Ablauf“ des 55. Jahrestags der Volksrepublik zu gewährleisten, so die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua.

Wie die *South China Morning Post* berichtete, soll die traditionelle Flaggenzeremonie auf dem Platz des Himmlischen Friedens in diesem Jahr erstmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Anstelle der sonst über 200.000 Schaulustigen sollen lediglich einige tausend ausgewählte Gäste der Zeremonie beiwohnen dürfen. In der Umgebung des Tiananmen-Platzes sowie im Umkreis anderer wichtiger Touristenattraktionen würden verstärkt Verkehrskontrollen durchgeführt. Darüber hinaus würden fünf von Beijings Hauptparks gesperrt, so das Blatt. Der Himmelstempel, der Beihai-See, der Zhongshan-Park, der Kulturpalast des Arbeitenden Volkes sowie der Ethnische Kulturpark würden für verschiedene politische Veranstaltungen reserviert.

Die Regierung nahm keine Stellung zu konkreten Bedrohungen in der Urlaubswache. Experten benannten aber vor allem zwei mögliche Gefahrenquellen: Zum einen wappne sich die chinesische Führung gegen Angriffe uigurischer Separatisten. Die Gruppe „Islamische Bewegung Ostturkestan“ (*Tu-juesitan yisilan yundong*) wird von der Regierung beispielsweise als eine der vier gefährlichsten Terrororganisationen des Landes eingestuft (C.a., 2003/12, Ü 11; vgl. auch den ausführlichen Beitrag zur Lage der Uiguren in Xinjiang im hinteren Teil dieses Heftes). In der Vergangenheit hatten islamistische Organisationen immer wieder gewaltsam für die Unabhängigkeit der überwiegend muslimischen Region Xinjiang im Westen Chinas gekämpft (C.a., 2000/9, Ü 18; 2001/11, Ü 8). Dramatisch wirkt vor diesem Hintergrund eine Bekanntgabe der Provinzregierung Jiangsu Anfang September. Demnach sei in der Provinz allein in diesem Jahr 14-mal radioaktives Material gestohlen worden oder verloren gegangen.

In Bezug auf Chinas Maßnahmen gegen Terrorismus merken Kritiker allerdings regelmäßig an, dass China den Kampf gegen islamistische Gruppierungen im eigenen Land vornehmlich dazu nutze, gegen unliebsame

Dissidenten vorzugehen oder Massenausschreitungen unzufriedener Bürger zu verhindern (C.a., 2003/4, S.463f.; 2003/9, Ü 11; 2004/6, Ü 13). Wie groß die Gefahr islamistischer Terroranschlägen tatsächlich ist, sei hingegen schwer zu beurteilen.

Eine weitere potenzielle Quelle für Gewalt stellen nach Meinung von Analysten individuelle Amokläufe dar. Nach Angaben der *Straits Times* ist die Anzahl von Bomben-, Gift- und Sabotageanschlägen in den letzten Jahren stetig gestiegen. Ursache für solche gewalttätigen Übergriffe sei oft persönliche Frustration der Täter mit der wachsenden sozialen Ungleichheit, Kriminalität und Arbeitslosigkeit in China, so das Blatt. Zuletzt machte Ende September ein Messerstecher Schlagzeilen, als er zwanzig Kinder in einem Schulbus überfiel und zum Teil schwer verletzte.

Um sich vor derartigen Vorfällen zu schützen, führten Sicherheitskräfte in Beijing verschiedene Anti-Terrorübungen durch. In mehreren großen Kaufhäusern wurden außerdem Kameras und Antibombenteppiche installiert. Wie ein Sprecher der Polizei erklärte, könnten Spezialeinheiten, wenn erforderlich, innerhalb von fünf Minuten in jedem der 250 Einkaufszentren der Hauptstadt eingreifen.

Wie ernst es den chinesischen Behörden mit der Sicherheit vor Anschlägen ist, zeigte am 26. September ein Vorfall in Lanzhou (Provinz Gansu). Dort hatte ein 63-jähriger Mann damit gedroht, sich selbst in die Luft zu sprengen, wenn ihm ein Schuldner nicht überfällige 1.000 Euro zurückzahle. Wie die *South China Morning Post* berichtete, erschoss ein Scharfschütze trotz erfolgreicher neunstündiger Gespräche den Mann beim Verlassen des Verhandlungssaals. Die vermeintliche Bombe stellte sich später als Thermoskanne heraus. (ZTS, 2.9.04, nach BBC PF, 11.9.04; XNA, 9., 12., 27., 29.9.04; Xinhua, 12.9.04, nach BBC PF, 14.9.04; WSJ, 14.9.04; ST, 15., 28., 30.9.04; SCMP, 28.9.04, nach BBC PF, 29.9.04; SCMP, 30.9.04; NZZ, 30.9.04) -fs-

13 Kader wegen Unterschlagung von Katastrophengeldern verurteilt

Der nationale Rechnungshof sanktionierte im September über 600 Personen wegen „Irregularitäten“ im staatlichen Dienst. Das gab die Behörde am 23. September auf ihrer Internetseite bekannt (www.cnao.gov.cn). Unter den Angeklagten seien unter anderem über 200 Kader, die Gelder aus Katastrophenhilfefonds veruntreut hätten, so die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua. Von den Unterschlagungen seien verschiedene Bereiche betroffen. Aus Bildungsfonds sollen umgerechnet 2,5 Mio. Euro entwendet worden sein. Darüber hinaus fehlten etwa 11 Mio. Euro aus den Finanzressorts zur Vorbereitung der Olympiade 2008. Der Gesamtschaden durch Unterschlagungen belaufe sich auf 140 Mio. Euro. Wie die *Straits Times* berichtete, habe die zentrale Disziplinarkontrollkommission das „Kopfgeld“ für kriminelle Kader von zuvor umgerechnet 1.000 Euro pro Information auf nun 10.000 Euro erhöht.

Besonders betroffen von den Unterschlagungen seien neun der 14 Flutkatastrophengebiete im Huaihe-Tal. Dort seien umgerechnet fast 14 Mio. Euro an Hilfgeldern entwendet worden. Sintflutartige Regenfälle hatten im August und September für einen Anstieg des Yangzi-Wasserspiegels um bis zu acht Meter gesorgt. Am Drei-Schluchten-Staudamm musste für mehrere Tage der Bootsverkehr eingestellt werden. In Blitzfluten und Schlammlawinen verloren mindestens 180 Menschen ihr Leben. Die Zahl der Kranken und Verletzten belief sich auf etwa 10.000. Allein in der westlichen Provinz Sichuan seien 380.000 Menschen in Folge der Überschwemmungen obdachlos, berichtete die *Straits Times*.

In den vergangenen Jahren hatten immer wieder Flutkatastrophen die Gebiete entlang Chinas großer Flüsse heimgesucht. Trotz umfangreicher Maßnahmen zur Eindämmung der Fluten und dem Transfer von hohen Summen an Unterstützungshilfe konnte das Problem bislang nicht behoben werden (C.a., 1998/9, Ü 19). Experten gehen davon aus, dass die Überschwemmungen in erster Linie auf Klimaveränderungen und Umwelt-

schäden zurückzuführen sind. Der Leiter der Chinaabteilung des Roten Kreuzes empfahl der Regierung daher eine Verbesserung des Katastrophenmanagements und -bewusstseins in den betroffenen Regionen: „Aus Beton und Stahl können sie keinen Schutz gegen Blizzfluten und den allgemeinen Klimawandel errichten“, so sein Urteil. (ZXS, 7.9.04, nach BBC PF, 10.9.04; FAZ, 8.9.04; ST, 8., 9., 10., 16., 25.9.04; XNA, 21., 22., 26.9.04; RMRB, 24.9.04, nach BBC PF, 25.9.04) -fs-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

14 Mehr Geld und mehr Qualität für die Bildung

Die chinesische Regierung hat nach den Worten des stellvertretenden Erziehungsministers Chen Xiaoye zwar die Ausgaben für die Bildung in ländlichen Gebieten und für die Verwirklichung der neunjährigen Pflichtschule im armen Westen des Landes erheblich gesteigert, China wird künftig allerdings noch viel mehr Geld in die Bildung investieren müssen, um die Qualität seines Bildungssystems auf das erforderliche Niveau heben zu können. Vor allem die Sekundarstufe, so der Minister auf der 47. Sitzung der Internationalen Erziehungskonferenz in Genf, stehe in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen: Die Zahl der Schüler steige ebenso wie deren Forderung nach mehr Unterrichtsqualität. Dem begegne die Regierung mit verschiedenen Maßnahmen: Verbesserung des ländlichen Bildungssystems, um die Lücke zwischen Land und Stadt zu verringern; Einsatz von Informationstechnologien, um auch Schülern in entfernten und ländlichen Gebieten Qualitätsunterricht zu ermöglichen; neue Curricula und neue Lehrmethoden in der Sekundarstufe I; Ausweitung der Sekundarstufe II und Verbesserung der Lehrerausbildung.

TAG DES LEHRERS

Anlass zur Betonung der wichtigen Rolle der Lehrer gab auch der 20. Na-

tionale Tag des Lehrers, der u.a. mit einer Feier in Beijing begangen wurde, auf der Präsident Hu Jintao sowie Premierminister Wen Jiabao und Vizepräsident Zeng Qinghong ihre Hochachtung vor den Leistungen der Lehrer Ausdruck verliehen. Nach Regierungsangaben gab es Ende 2003 rund 12,5 Mio. Lehrer, 3,25 Mio. mehr als noch 1985. Den gleichen Angaben zufolge ist die Zahl der Vollzeitlehrer gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

einrichtungen sowie in den Grund- und Mittelschulen um das 17,8- bzw. 10,9fache. Im Jahre 2003 verdiente ein Lehrer einer höheren Bildungseinrichtung durchschnittlich 23.300 Yuan RMB (ca. 2.670 US\$), 2.261 Yuan mehr als 2002 oder 22.100 Yuan mehr als noch 1985; für die Lehrer der Grund- und Sekundarstufen lautet die entsprechende Zahl 13.300 Yuan (ca. 1.600 US\$), 652 Yuan mehr als 2002 und 12.200 Yuan mehr als 1985. Durch

	Anzahl der Vollzeitlehrer Ende 2003 (in Mio.)	Veränderung gegenüber 2002	Anzahl der Besch. im Bildungssektor Ende 2002 lt. Stat. Jahrbuch (in Mio.)
Grundschule	5,7	-76.000	6.401
Sekundarstufe I	3,47	+36.000	4.984
Sekundarstufe II	1,071	+125.000	
Höhere Bildung	0,814	+15%	1.185

Quelle: XNA, 10.9.04; *Zhongguo Laodong Tongji Nianjian 2003*, Beijing 2003, S.170.

Die Qualität der Lehrkräfte lässt allerdings vielfach noch zu wünschen übrig. So hatten im Jahr 2003 weniger als 1% der Lehrer an Schulen der Sekundarstufe II ein Postgraduiertenstudium vorzuweisen. In höheren Bildungseinrichtungen waren dies immerhin 32,6% des Lehrpersonals. In den Schulen der Sekundarstufe I verfügten 23,8% der Lehrer über einen Bachelorabschluss.

Als problematisch könnte sich auch eine Überlastung der Lehrer erweisen, die aus einer landesweiten Umfrage von sina.com und der *Beijing Morning Post* hervorgeht. Danach zeigten 59% der befragten 4.739 Lehrer Anzeichen schlechter Gesundheit, 72,5% fühlten sich überlastet und nur 2,8% gaben an, noch nie derartige Probleme gehabt zu haben.

HÖHERE BEZAHLUNG FÜR LEHRER

Das Erziehungsministerium gab Zahlen bekannt, nach denen das Einkommen der Lehrer stetig steigt. Rangierten die Lehrereinkommen am Beginn der Reformen noch auf den untersten Rängen eins bis drei von insgesamt zwölf Branchen, so hat sich die Attraktivität des Berufes seit 1984 durch verschiedene Einkommenserhöhungen deutlich verbessert. In den letzten 20 Jahren stiegen die Einkommen der Lehrer in höheren Bildungs-

Nebeneinkünfte kann dieses Einkommen allerdings noch erheblich gesteigert werden. So kann ein Hochschul-lehrer in Beijing durch zusätzliche Kurse an den Wochenenden und in den Ferien auf über 10.000 Yuan im Monat kommen.

NEUE EINTEILUNG DER SCHULJAHRE IN BEIJING

Ab dem neuen Schuljahr im Herbst 2004 geht die Stadt Shanghai im Rahmen der neunjährigen Pflichtschule vom alten 6-3-System (6 Jahre Grundschule, 3 Jahre Sekundarstufe I) zu einem 5-4-System über. Damit wird das 6. Grundschuljahr abgeschafft und die 1988 eingeführte Vorbereitungsklasse auf die Sekundarstufe I wird in ein reguläres 6. Schuljahr umgewandelt. Abschlusszeugnisse für die Grundschule werden nach einer Abschlussprüfung am Ende des 5. Schuljahres ausgestellt, Abschlusszeugnisse für die Sekundarstufe I nach einer Prüfung im Anschluss an das 9. Schuljahr. Den Vorteil sehen die Bildungspolitiker darin, dass der curriculare und psychische Druck auf die Schüler in der Sekundarstufe I gemildert wird, die in der Regel das 1. Jahr brauchten, um sich auf die neuen Schulbedingungen und Anforderungen einzustellen, und für die im 3. Jahr bereits die Vorbereitungen auf die Prüfung begannen.